



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP

**Freie
Demokraten**
FDP

Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?

Wir Freie Demokraten lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ab. Die Grundsicherung muss aber unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter werden – unser Modell dafür ist das einkommens- und vermögensabhängige Liberale Bürgergeld. Ein Grundeinkommen wäre leistungsfeindlich, teuer und ungerecht.

Wir setzen stattdessen auf das liberale Bürgergeld. Dort sind eine Vielzahl der steuerfinanzierten Sozialleistungen (wie beispielsweise Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Kinderzuschlag) gebündelt, aufeinander und auf das Steuersystem abgestimmt und werden aus einer Hand ausbezahlt. Hierdurch ist leichter ersichtlich, wem welche Leistungen zustehen und Betroffenen bleibt das derzeitige „Ämter-Hopping“ erspart. Zudem soll sich eine Arbeitsaufnahme oder eine Ausweitung der Arbeitszeit lohnen und darf nicht dazu führen, dass am Ende sogar weniger Geld übrig bleibt. Daher wollen wir die Hinzuverdienstregelung so ändern, dass von jedem hinzuverdienten Euro mehr behalten werden darf.

Darüber hinaus fordern wir die besten Rahmenbedingungen für alle, die sich etwas aufbauen wollen. Hierzu gehören beispielsweise ein Gründungszuschuss als finanzielle Förderung in der Startphase.

Die über 3 Millionen Selbständigen im Land wollen sich trotz der Krise auch weiter unternehmerisch engagieren. Damit dieses lohnend bleibt, müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Was wollen Sie für diese wachsende Gruppe von Erwerbstätigen tun?

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft sind auf Selbstständige, Freiberufler, Freelancer und Kulturschaffende angewiesen. Deren Schaffenskraft und Kreativität sind von immenser Bedeutung. Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Ob Freie Berufe, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche: Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.

Die Corona-Krise hat wie unter einem Brennglas gezeigt: wir brauchen für Selbstständige ein passgenaues und faires Hilfeprogramm, das für den Fall der Fälle unbürokratisch und verlässlich die Kosten deckt. Dazu muss auch ein ausreichender Unternehmerlohn gehören, also ein Zahlbetrag, der auch für die eigenen Lebenshaltungskosten verwendet werden darf und der für eine angemessene Absicherung abseits von Hartz IV sorgt. Es ist völlig unhaltbar, dass die Bundesregierung Selbstständige über Monate hinweg lediglich auf Hartz IV verwiesen hat.

Die Krise zeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene ist, trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Wie wollen Sie Kunst und Kultur auch in Zukunft unterstützen und, besser noch: schützen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit. Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht. Diese Ambitionen dürfen nicht durch die Corona-Krise durchbrochen werden. Wir sehen die Stärke der Kunst- und Kulturszene für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Stärke erhalten bleibt.

Wir setzen uns für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in Deutschland ein. Wir wollen Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnen. Förderanträge wollen wir vereinfachen.

Ausschreibungen von Designleistungen, gerade die der öffentlichen Hand, sind immer noch gekennzeichnet von viel zu niedrigen Honoraren und der Forderung, mit Abgabe des Angebotes kostenlose Entwürfe, die zentrale Leistung von Designer:innen, einzureichen. Wie werden Sie das nachhaltig ändern?

Wir Freie Demokraten wollen eine Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand. Zugleich fordern wir, die Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 zu erhöhen, damit Investitionen schneller umgesetzt werden. Investitionen der öffentlichen Hand haben in Krisenzeiten einen wichtigen Stabilisierungseffekt. Offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze besonders im Mittelstand massiv gefährden. Das wollen wir verhindern.

Das letzte Jahr hat verdeutlicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch ein digitales Entwicklungsland ist. Darunter leiden u.a. Wirtschaft und Bildung. Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in Deutschland stehen auf dem Spiel. Wie wollen Sie diese Rückständigkeit beseitigen?

Die Corona-Krise hat tatsächlich wie ein digitalpolitisches Brennglas gewirkt. Sie hat bundesweit Digitalisierungsdefizite offengelegt und gezeigt, wie fahrlässig groß die digitalpolitischen Versäumnisse seitens der Bundesregierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten waren.

Defizite wurden, wie von Ihnen beschrieben, in zahlreichen Bereichen offengelegt. Auch deshalb hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag in einem Antrag dargelegt, dass die Pandemie insgesamt als digitaler Weckruf verstanden werden muss, auf den mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie reagiert werden muss (vgl. BT-Drs. 19/24632). Ganz oben auf der Prioritätenliste müssen unserer Überzeugung nach aber Projekte stehen, die einen strukturellen Unterschied machen, sodass sie auf die digitale Modernisierung hierzulande insgesamt einen Katalysatoreffekt haben können. Dazu gehören insbesondere die Schaffung klarer digitalpolitischer Projektsteuerungs- und Koordinationsstrukturen auf bundespolitischer Ebene durch ein Ministerium für digitale Transformation, die Modernisierung und umfassende Entbürokratisierung der Verwaltung durch ihre zielstrebige digitale Transformation sowie der flächendeckende Ausbau gigabitfähiger digitaler Infrastruktur.

Die Künstlersozialkasse erlaubt geringe, nicht-kreative Einnahmen. Wer in Krisen andere Einnahmen braucht, wer seine Wertschöpfung mit Kleinserien, Modekollektionen u.Ä. erhöhen will, fliegt aus der KSK. Unternehmerischer Erfolg wird so behindert. Was wollen Sie gegen diese Hindernisse unternehmen?

Die Künstlersozialkasse ist genuin dafür eingerichtet, den selbständigen Künstlerinnen und Künstlern eine soziale Absicherung zu bieten. Sie sind besonders gefährdet.

Darum haben wir auch seit Beginn der Krise gefordert, die Lebensrealität von Künstlerinnen und Künstlern, also vor allem der Selbständigen ohne Angestellte, anzuerkennen und wertzuschätzen. Das heißt die Hilfen hätten von Anfang an auch für Lebenshaltungskosten und damit einen Unternehmerlohn geöffnet werden müssen. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag eine Initiative eingebracht ([vgl. „Wertschätzung für Selbständige – sofort verlässliche und unbürokratische Corona-Hilfen schaffen“, BT-Drs.19/25241](#)). Die erst im Januar 2021 eingeführte und bis Ende September geltende „Neustarthilfe für Selbständige“ bietet - auf dann 18 Monate Pandemie bezogen - keinen adäquaten Unternehmerlohn.

Wir Freie Demokraten wollen die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern verstetigen beziehungsweise bei Bedarf evaluieren und anpassen; auch mit Blick auf die von uns geforderten modernen Regeln für Selbstständige insgesamt.

Fotografen können als Freiberufler (Design, Kunst) oder Gewerbe (Handwerk) arbeiten. Doch die Kammern entscheiden - verbunden mit lebenslanger Zwangsmitgliedschaft. Ein Wechsel ist nicht möglich - ein Berufsverbot für freiberufliche Fotografen. Was werden Sie gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen?

Wir Freie Demokraten befürworten eine organisierte Vertretung der deutschen Wirtschaft in Form der Handwerks- sowie der Industrie- und Handelskammern. Ein Teil der Unternehmen beziehungsweise der Gründerinnen und Gründer mit niedrigen Umsätzen sind unter bestimmten Voraussetzungen von der Beitragszahlung freigestellt.

Einzelunternehmer können die Gewerbesteuer bis zum Hebesatz von 420 % auf die Einkommensteuer anrechnen. Gewerbliche Kreative haben so teilweise eine höhere Steuerlast gegenüber freiberuflichen Kollegen zu tragen. Welche Maßnahmen planen Sie, um hier eine steuerliche Gleichbehandlung herzustellen?

Wir Freie Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken. Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Das heißt zugleich, dass die Finanzierung der Kommunen auf eine neue Grundlage gestellt werden muss – etwa durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.